



Quelle: Flickr/philippe leroyer

In Bahrain wurden 200 Teilnehmer einer „Schwulenparty“ verhaftet

200 TEILNEHMER EINER „SCHWULENPARTY“ VERHAFTET

IN BAHREIN HAT DIE POLIZEI EINE „SCHWULENPARTY“ GESTÜRMT. DIE 200 VERHAFTETEN PARTYGÄSTE WERDEN AN EINEM UNBEKANNTEN ORT FESTGEHALTEN. HILF AUCH DU MIT EINEM APPELLBRIEF!

Nach Ägypten, Tunesien und Libyen haben die Unruhen im Nahen Osten auch das kleine Emirat Bahrein erreicht. Homosexualität ist in dem Königreich am Persischen Golf verboten. Schwule und Lesben werden von der Behörden verfolgt. Am 2. Februar haben Schwule aus mehreren arabischen Golfstaaten im „Hidd Sports Club“ in der Stadt Al-Muharraq eine Party veranstaltet. Gegen 2.30 Uhr morgens sollen sich Nachbarn bei der Polizei über den Lärm beschwert haben. Daraufhin besuchte ein Sicherheitsbeamter in Zivil die Party. Er soll eine „lasterhafte und dekadente“ Veranstaltung vorgefunden haben. Daraufhin holte er telefonisch Verstärkung. Die Polizei riegelte den gesamten Club ab und verhaftete mindestens 200 Personen. Sie werden an einem unbekanntem Ort festgehalten und dürfen keine

Familienangehörigen und Anwälte kontaktieren. Ihnen wird „sittenwidriges Verhalten“ vorgeworfen.

VORGEHEN GEGEN LGBT-PERSONEN

Bahrein mit einer Million Einwohner gilt als eines der reichsten Länder am Persischen Golf. Des Emirat ist nicht nur ein beliebtes Touristenzentrum, sondern auch ein wichtiger Stützpunkt der US-Armee. In den vergangenen Jahren ging die Regierung immer öfter gegen Homosexuelle vor. Seit 2009 werden im Internet schwul-lesbische Webseiten blockiert. Der Ministerpräsident des Golf-Staates hatte mehrmals erklärt, das Land von Schwulen und Lesben säubern zu wollen. Er forderte seine Landsleute auf, härter gegen LGBT-Personen vorzugehen.

FORTSETZUNG AUF SEITE 2

NEUE WEBSITE

Wir haben unsere Internet-Auftritt komplett überarbeitet. Wir hoffen, dass dir das neue Layout genauso gut gefällt. Die Gliederung ist noch besser und übersichtlicher. Auf unserer neuen Website findest du alle Urgent Actions, Nachrichten und Informationen über unser Netzwerk. Bitte schau möglichst oft auf der Homepage vorbei, denn sie wird laufend aktualisiert.
www.lgbt.at

VORAB-INFO: IDAHO-NIGHT 2011

Bitte unbedingt vormerken: Wir begehen am Samstag, 14. Mai die IDAHO-Night, um den Internationalen Tag gegen Homophobie zu feiern, und du bist dazu herzlich eingeladen. Es erwarten dich bei freiem Eintritt tolle Bands und die eine oder andere Überraschung. Wo und wann? 21 Uhr auf dem Badeschiff am Wiener Donaukanal. Nähere Infos demnächst auf unserer Website.

IMPRESSUM

Medieninhaberin, Herausgeberin und für den Inhalt verantwortlich:
Amnesty International Österreich,
Netzwerk LGBT-Rechte

Redaktion:

Christian Höller

Kontakt:

Amnesty International Österreich,
Moeringgasse 10, 1150 Wien,
01/78008, info@lgbt.at, www.lgbt.at
Grundlegende Richtung: Die grundlegende Richtung ergibt sich aus der Satzung des Vereins, den Beschlüssen der Internationalen Ratstagung und des Internationalen Exekutivkomitees sowie aus den Beschlüssen der Mitgliederversammlung und des Vorstandes von Amnesty International Österreich.

FORTSETZUNG VON SEITE 1

Amnesty International ist über die Vorgänge besorgt. Sollten sich die über 200 Personen nur aufgrund ihrer vermeintlichen sexuellen Orientierung bzw. Geschlechtsidentität in Haft befinden, so fordert Amnesty International ihre sofortige Freilassung. Alle diejenigen, die nur aufgrund ihrer vermeintlichen sexuellen Orientierung bzw. Geschlechtsidentität inhaftiert sind, werden als gewaltlose politische Gefangene betrachtet.

Bitte hilf mit und beteilige dich an unserer Urgent Action. Weitere Infos und einen Musterbrief findest Du auf Seite 4.

ERFOLG: PARADE IN BUDAPEST GENEHMIGT

Ganz Europa blickt derzeit auf Ungarn: Österreichs Nachbarland hat im ersten Halbjahr 2011 die EU-Ratspräsidentschaft übernommen. Am 11. Februar erklärte die Polizei, dass die für den 18. Juni 2011 geplante Regenbogenparade durch die Innenstadt von Budapest verboten wird. Begründet wurde dies damit, dass die Parade angeblich zu einer Beeinträchtigung des Fahrzeugverkehrs führen würde. Der Verkehr kann nicht umgeleitet werden, behauptete die Polizei.

Mehrere Organisationen wie Amnesty International zeigten sich darüber empört. Denn mit dem Verbot der Regenbogen-Parade wird das Recht auf Versammlungsfreiheit verletzt. Amnesty International ist der Ansicht, dass die ungarischen Behörden durch internationale Gesetze verpflichtet sind, den Marsch durch die Innenstadt von Budapest zu ermöglichen.

Auf Grund der massiven internationalen Proteste hat nun das Budapester Stadtgericht das Polizeiverbot für unzulässig erklärt. Die Parade in Budapest darf abgehalten werden. Amnesty begrüßt diese Entscheidung.

FOTOWETTBEWERB GEGEN DISKRIMINIERUNG

AMNESTY INTERNATIONAL VERANSTALTET EINEN EUROPaweITEN FOTOWETTBEWERB ALS TEIL EINER ANTI-DISKRIMINIERUNGSKAMPAGNE. ALLE HOBBY-FOTOGRAF_INNEN, DIE MINDESTENS 14 JAHRE ALT SIND, KÖNNEN DARAN TEILNEHMEN. DER EINSENDESCHLUSS IST AM 31. MÄRZ 2011.

- Drücken deine Fotos aus, wie wichtig Toleranz und Respekt vor Vielfalt sind?
- Stellst Du Stereotype und Zerrbilder in Frage und rufst mit deinen Bildern gleichzeitig deine Mitmenschen dazu auf, sich gegen Diskriminierung stark zu machen?
- Hast du ausdrucksstarke Bilder, die zeigen, was in einer Gesellschaft ohne Vorurteile möglich ist?

SCHICKE UNS DEIN FOTO!

Aus den eingereichten Fotos werden zuerst in Österreich die drei besten Fotos von einer unabhängigen Jury ausgewählt.

Die Einsender_innen der drei besten Fotos erhalten ein Amnesty-Goodypack. Der/die Erstplatzierte er-

hält zusätzlich dazu noch einen Gutschein für die Amnesty Academy. Die drei in Österreich ausgewählten Gewinner_innenfotos werden nach Brüssel zur Endauswahl geschickt. Dort wählt eine internationale Jury aus den jeweils besten drei Fotos aller teilnehmenden Länder aus.

SIEGER_INNENEHRUNG IN BRÜSSEL

Die besten zwölf Fotos werden für Kampagnenmaterial, Kalender und eine Fotoausstellung verwendet. Für die Fotograf_innen der drei Bilder, die in der europaweiten Endauswahl gewinnen, wird es eine Sieger_innenehrung in Brüssel geben.

Weitere Infos gibt es auf der Webseite www.fightdiscrimination.eu oder bei www.amnesty.at.



Quelle: Flickr/Cecko Hanssen

Sende uns auch du dein Foto für einen europaweiten Wettbewerb!



© Netzwerk LGBT-Rechte

Reger Andrang herrschte am Infostand in der Kremser Innenstadt.

ÖFFENTLICHKEITSAKTIONEN ZUM VALENTINSTAG

UNSERE STRASSENAKTIONEN IN WIEN UND IN KREMS ZUM VALENTINSTAG WAREN EIN VOLLER ERFOLG.

Das Netzwerk für LGBT-Rechte machte anlässlich des Valentinstags auf die schwierige Situation von Lesben, Schwulen und Transgenderpersonen aufmerksam. Dazu verteilten wir am 12. Februar in Krems und am 14. Februar in Wien auf der Mariahilfer Straße an Passant_innen 600 Lebkuchenherzen. Zu jedem Herz gab es eine Karte, in dem ein aktueller Fall von Amnesty präsentiert wurde. Wir baten Passant_innen, zum Amnesty-Zelt zu kommen und Appellbriefe zugunsten von verfolgten, diskriminierten und verhafteten Lesben, Schwulen und Transgender zu unterschreiben.

POSITIVE REAKTIONEN DER PASSANT_INNEN

Die Aktionen in Wien und Krems waren ein großer Erfolg. Es gab fast ausschließlich positive Reaktionen. Trotz Schneeregen und teilweise klirrender Kälte war das mit Regenbogen-Fahnen geschmückte Amnesty-Zelt auf der Mariahilfer Straße von 15 bis 19 Uhr gut besucht. Wir brachten nicht nur

1000 Aktionsflugblätter, hunderte Kekse und Amnesty-Folder unter die Leute, sondern sammelten auch 642 Unterschriften.

FÜR LGBT-PERSONEN WELTWEIT

Viele Passant_innen zeigten sich entsetzt, wie Lesben, Schwule und Transgender in anderen Ländern diskriminiert werden - und ermutigten uns, weiter für LGBT-Rechte zu kämpfen. Wir sammelten Unterschriften für eine Resolution an das litauische Parlament, wo demnächst über ein homophobes Gesetz abgestimmt werden soll. Ein anderer Appellbrief richtete sich an die Behörden in Honduras, wo in den vergangenen zwei Jahren 31 Aktivist_innen, die sich für LGBT-Rechte eingesetzt haben, umgebracht wurden. Die Morde sind bislang nicht aufgeklärt.

Andere Fälle beschäftigten sich mit der Menschenrechtslage im Iran, in Indonesien und in Ägypten.

SPENDEN

Obwohl die Aktivist_innen des Netzwerks LGBT-Rechte natürlich keinen Lohn für ihre Arbeit bekommen, kostet die Arbeit dennoch Geld: Folder müssen gedruckt werden, Porto für die Appellbriefe muss bezahlt und Materialien für Aktionen und Veranstaltungen müssen beschafft werden, um nur einige Beispiele zu nennen. Alle diese Ausgaben sind notwendig, um die Öffentlichkeit über Menschenrechte und deren Verletzungen zu informieren und Druck auf die Verantwortlichen auszuüben.

Amnesty International akzeptiert keine Gelder von Regierungen und politischen Parteien. Die Arbeit wird daher ausschließlich durch private Spenden von Förderer_innen und Mitgliedern finanziert. Nur so kann Amnesty unabhängig und politisch neutral sein.

Amnesty International ist übrigens Trägerin des Österreichischen Spendengütesiegels, das bedeutet unter anderem, dass die Spendenverwendung genau überprüft wird.

Deine Spende ist daher beim Netzwerk LGBT-Rechte gut aufgehoben: PSK 1.030.000, BLZ 60.000, Verwendungszweck: „Netzwerk LGBT-Rechte“

MITMACHEN

Du wolltest schon immer mit deiner Arbeit etwas erreichen und nicht nur tatenlos zusehen, wenn in der Welt Menschenrechtsverletzungen aufgrund sexueller Identität geschehen? Dann bist du bei uns genau richtig! Wenn du bei uns mitmachen willst, dann schreib uns einfach eine Mail an info@lgbt.at!

SCHREIBEN

Appellbriefe zu aktuellen Menschenrechtsverletzungen findest du auf www.lgbt.at und www.amnesty.at sowie auf der letzten Seite dieses LGBT-Updates. Dein Appellbrief wirkt!

APPELLBRIEFE: ACT NOW!

Tag für Tag werden Menschen gefoltert, aufgrund ihrer Herkunft, Meinung, Hautfarbe oder sexuellen Orientierung inhaftiert, ermordet, zum Tode verurteilt oder verschleppt.

Amnesty International veröffentlicht diese Schicksale, um an das tägliche Unrecht zu erinnern. Du kannst mit deinem persönlichen Appell dazu bei-

tragen, solche Menschenrechtsverletzungen anzuprangern und zu beenden. Jeder Brief zählt! Bitte schicke die Appellbriefe direkt an die genannte Adresse.

Weitere Appellfälle findest du auf der Homepage des Netzwerks LGBT-Rechte, www.lgbt.at, und auf der Homepage von Amnesty International,

www.amnesty.at. Wenn du das LGBT-Update per E-Mail bekommst, schicken wir dir automatisch auch weitere Urgent Actions zum Thema LGBT-Rechte.

Der aktuelle Brief richtet sich an die Behörden in Bahrain wegen 200 Festnahmen auf einer Schwulenparty (siehe Bericht Seite 1).

ANLEITUNG ZUM VERSAND

Auf der folgenden Seite findest du den aktuellen Appellbrief. Die deutsche Übersetzung des Briefes kannst du dir rechts durchlesen. Sende den Brief bitte an die folgenden Adressen (eigene Adresse + Unterschrift nicht vergessen):

INNENMINISTER

Shaikh Rashid bin Abdullah bin Ahmad Al Khalifa, Ministry of Interior, P.O. Box 13, al-Manama, BAHRAIN.
Fax: (00 973) 1723 2661
(korrekte Anrede: Your Excellency)

JUSTIZMINISTER

Shaikh Khaled bin Ali Al Khalifa Ministry of Justice and Islamic Affairs, P.O. Box 450, al-Manama, BAHRAIN.
Fax: (00 973) 1753 1284
(korrekte Anrede: Your Excellency)

Kopien an

AUSSENMINISTER

Shaikh Khalid Bin Ahmed Bin Mohamed Al Khalifa, P.O. Box 547, al-Manama, BAHRAIN.
Fax: (00 973) 1721 2603
(korrekte Anrede: Your Excellency)

Bitte schreibe die Appelle möglichst sofort. Schreibe in gutem Arabisch, Englisch oder auf Deutsch.

Da Informationen bei Urgent Actions schnell an Aktualität verlieren können, bitten wir dich, nach dem 24. März 2011 keine Appelle mehr zu verschicken.

Adresse Empfänger

Deine Adresse

Datum

Eure Exzellenz,

ich schreibe Ihnen zum Fall von mindestens 200 Menschen, die an einem unbekannten Ort in Bahrain festgehalten werden.

Sie waren bei einer Veranstaltung anwesend, die von lokalen Medien als „Schwulenparty“ bezeichnet wurde. Die Medien behaupten, dass viele der Anwesenden bei der Party „schwul“ seien und Handlungen, die „unmoralisches Verhalten“ darstellen, obwohl keine offiziellen Anklagen gegen die Festgenommenen vorliegen.

- + Ich bitte Sie eindringlich darum, unverzüglich den Aufenthaltsort der Personen preiszugeben, die am 2. Februar im Hidd Sports Club festgenommen wurden.
- + Ich möchte Sie darauf aufmerksam machen, dass die festgenommenen Personen von Amnesty International als gewaltlose politische Gefangene betrachtet werden, wenn sie sich nur aufgrund ihrer vermeintlichen sexuellen Orientierung bzw. Geschlechtsidentität in Haft befinden sollten. Falls dies der Fall sein sollte, fordert Amnesty die sofortige und bedingungslose Freilassung der Inhaftierten.
- + Ich appelliere an Sie, die Sicherheit der festgenommenen Personen zu gewährleisten, indem Sie unter anderem ihre Namen, Identitäten und etwaige fotografische Aufnahmen als privat behandeln.
- + Bitte ermöglichen Sie den Gefangenen unverzüglichen Zugang zu ihren Familien und ihren Rechtsbeiständen sowie zu jeglicher benötigter medizinischer Versorgung.

Ich fordere Sie auf, in Bahrain das Recht auf Vereinigung zu gewährleisten.

Hochachtungsvoll,

Unterschrift

Sender:

Date: _____

Your Excellency,

May I write to you on the case of at least 200 people detained at an unknown location in Bahrain.

They were present at what some local media have described as a "gay party". The media claim that many of the attendants at the party are "gay" and have committed acts that constitute "immoral behaviour", although no official charges have been filed against the detainees.

May I kindly ask you to

- Urge the authorities to immediately reveal the whereabouts of those arrested in the „Hidd Sports“ on 2 February;
- Note that, if they have been detained on the basis of their perceived sexual orientation or gender identity, Amnesty International would consider them to be prisoners of conscience and call for their immediate and unconditional release;
- Urge the authorities to ensure their safety and security, including keeping their names, identities and any images of them private;
- Urge the authorities to ensure they have prompt access to means of contacting their families and lawyers and any medical attention they require;
- Urge the authorities to guarantee the rights to freedom of association in Bahrain.

Respectfully yours,
